

Resolution

Fachhochschule für Architektur und Bauingenieurwesen, Nienburg; Resolution

Der Kreistag des Landkreises Nienburg/Weser fordert die Niedersächsische Landesregierung auf:

- die im Zusammenhang mit dem Hochschuloptimierungskonzept am 21.10.2003 getroffene Entscheidung über die Schließung der Außenstelle Nienburg der Fachhochschule Hannover nicht in den Landtag einzubringen

und

- zunächst für eine Entscheidung über die Reduzierung von Ausbildungskapazitäten im Fachbereich "Architektur und Bauwesen" ein für die Öffentlichkeit nachvollziehbares objektives Verfahren einzuleiten, dem im Vorfeld festgelegte und überprüfbare Kriterien zu Grunde liegen

sowie

- in diesem Verfahren eine Abwägung mit dem Leitziel der niedersächsischen Landesregierung "Stärkung des ländlichen Raumes" vorzunehmen.

Begründung

Der Minister für Wissenschaft und Kultur hat im Rahmen seiner Bemühungen als Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Niedersachsen ein Hochschuloptimierungskonzept (HOK) vorgelegt. Über das Gesamtpaket hat die Landesregierung am 21.10.2003 entschieden und dabei der Schließung des Fachbereichs "Architektur und Bauwesen" der Fachhochschule Hannover am Standort Nienburg zugestimmt.

Diese Entscheidung wird zwar argumentativ mit den Kernzielen des HOK begründet, ein an objektiven und überprüfbaren Kriterien ausgerichtetes Vergleichsverfahren aller sechs Fachhochschulstandorte, an denen der Fachbereich "AB" eingerichtet ist, ist jedoch weder öffentlich durchgeführt noch - soweit es denn intern stattgefunden hat - überprüfbar offengelegt worden.

Die im Vorfeld der o. g. Entscheidung eingebrachten Argumente in Bezug auf die Schließung des Fachhochschulstandortes Nienburg sind von der Landesregierung nicht ausreichend gewürdigt worden.

Eine ergebnisoffene Diskussion nach der Vorstellung des HOK durch den Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur am 23.09.2003 hat es trotz veränderter Daten- und Entscheidungsgrundlagen nicht mehr gegeben.

Außerdem ist die von der Regierung Wulff als zentrale Aufgabe zugesagte "Stärkung des ländlichen Raumes" bei der Entscheidung nicht berücksichtigt bzw. dem Landkreis Nienburg/Weser eine Einstufung als "ländlicher Raum" verweigert worden.

Der Kreistag des Landkreises Nienburg/Weser kann unter diesen Gesichtspunkten die Entscheidung über die Schließung des Fachhochschulstandortes Nienburg nicht akzeptieren.

Er fordert die Landesregierung daher auf, vor der endgültigen Parlamentsentscheidung das o. g. Verfahren einzuleiten.